CSU und Pendlerpauschale:

Bayern
SPD
Bayern,
aber gerechter.

Beckstein und Huber fahren wie Geisterfahrer im Zickzack zur Tankstelle.

Von der rot-grünen Bundesregierung wurde die Pendlerpauschale eingeführt, um Arbeitnehmer finanziell zu entlasten.
Vor der Bundestagswahl 2005 forderten CDU/CSU dann „die Reduzierung der Pendlerpauschale“ (siehe CDU/CSU-Regierungsprogramm, S. 17).
Merkels Finanzministerkandidat Prof. Paul Kirchhof wollte sie sogar ganz abschaffen.
Bei den Koalitionsverhandlungen zur Großen Koalition haben sich CDU/CSU durchgesetzt:
Erwin Huber wurde so zum Totengräber der alten Regelung.

Als die SPD-Bundestagsabgeordneten 2007 Verbündete für eine Verbesserung zugunsten der Pendler suchten, stellte sich die CSU stur. **Es war die erste Tat Erwin Hubers als neu gewählter CSU-Vorsitzender, im Koalitionsausschuss diesen SPD-Vorstoß zu beerdigen.**

Jetzt, keine drei Monate vor der Landtagswahl, sammelt die CSU Unterschriften, um das rückgängig zu machen, was sie selbst den Pendlern eingebrockt hat.
Jeder merkt, was gespielt wird: Diese Unterschriftensammlung macht die CSU nicht wegen der berechtigten Anliegen der Pendler. **Die CSU spielt Wahlkampf-Theater, weil sie in Panik ist.**

Die Pendler brauchen Entlastung, keine Show.

Alle Welt weiß: Die heutige Pendlerpauschale (ab dem 21. Kilometer) ist längst auf dem Prüfstand, denn das Bundesverfassungsgericht wird in wenigen Wochen dazu ein Urteil sprechen. Es wird allgemein erwartet, dass die Richter die auf Druck von CDU/CSU 2005 beschlossenen Kürzungen für verfassungswidrig erklären und vom Gesetzgeber eine Neuregelung – vielleicht sogar rückwirkend – verlangen. Außer der Rückkehr zur alten Lösung von 30 ct ab dem 1. Kilometer kann dabei auch heraus kommen, dass die gesamten wirklichen Kosten der Fahrt zum Arbeitsplatz als Werbungskosten steuerlich anerkannt werden. Für die Pendler wäre das mehr.

Wir fordern: mindestens zurück zur alten Regelung (30 Cent pro Kilometer) oder mehr. Denn Pendler in einem Flächenland wie Bayern, die teilweise lange Wege zum Arbeitsplatz in Kauf zu nehmen haben, müssen finanziell entlastet werden.
Fest steht: Erst nach dem Spruch der Verfassungsrichter kann ehrlich und seriös eine neue Lösung in Angriff genommen werden. Für uns Sozialdemokraten muss sie dann auch der allgemeinen Energiepreisexplosion gerecht werden und rechtlich Bestand haben.

Dafür stehen Franz Maget und die BayernSPD.

V.i.S.d.P.: BayernSPD – Landesverband, Rainer Glaab, Oberanger 38, 80331 München

www.bayernspd.de